

Republikfeind als Wegweiser

Das Grab des Reichspräsidenten Hindenburg in Marburg soll zum Geschichtsort der Demokratie werden. Das ist keine gute Idee.

Von Eckart Conze

In Wiesbaden beschäftigt sich derzeit eine Historikerkommission mit Straßennamen. Insbesondere geht es dabei um die mögliche NS-Belastung von Personen, nach denen Straßen und Plätze in der hessischen Landeshauptstadt benannt sind. Für neue Namen ist die Kommission nicht zuständig. Denn sonst könnte sie überlegen, ob nicht die Wiesbadener Taunusstraße künftig den Namen Hindenburgstraße tragen sollte.

Dort nämlich, unweit der Hessischen Staatskanzlei, hat die Hessische Landeszentrale für politische Bildung ihren Sitz. Und diese "hessische Werbeagentur für Demokratie", wie sie sich selbst nennt, hat kürzlich das Grab Paul von Hindenburgs (1847 bis 1934), des zweiten und letzten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, in der Marburger Elisabethkirche zu einem "positiven Ort der Demokratiegeschichte" erklärt und auf eine Liste von insgesamt zehn Orten in Hessen aufgenommen.

Die Verantwortung für die Liste ist ausweislich der Website der Landeszentrale bei ihrem Direktor Alexander Jehn angesiedelt. Dieser hat vor wenigen Monaten einen Band über "Hessische Skandale" mitherausgegeben. Hat Jehn nun selbst diesem Buch ein weiteres Kapitel hinzugefügt? Als "Teil der Kultur unseres Landes", so heißt es auf der Website, bedürfe die Demokratie der Vorbilder. Erwähnt werden Adenauer, Schumacher und Heuss, alle drei leider keine Hessen. Aber auch Orte, "an denen Wegweisendes für den Aufbau und die Entwicklung der Demokratie geschehen ist, können diesen Vorbildcharakter entfalten". Dass die Frankfurter Paulskirche als "Demokratiefackel für ganz Europa" die Liste anführt, ist wenig überraschend. Die demokratiegeschichtlichen Bezüge anderer Orte sind weniger evident.

Der Bundestag hat noch in der zu Ende gehenden Ära Merkel eine Stiftung "Orte der deutschen Demokratiegeschichte" errichtet, die ihren Sitz in Frankfurt hat. Jedes Bundesland ist dort mit einer Reihe von Orten vertreten, Hessen beispielsweise neben der Paulskirche mit dem Büchner-Haus in Riedstadt, dem Exilarchiv der Deutschen Nationalbibliothek, dem Hessischen Landtag in Wiesbaden oder der Stadt Heppenheim, wo sich 1847 süd- und südwestdeutsche Liberale trafen, um über eine gesamtdeutsche Volksvertretung zu beraten.

Keiner dieser Orte taucht auf der Liste der hessischen Landeszentrale auf. Dafür das Grab Hindenburgs.

Dass dieser Ort zwischen dem Palais Thurn und Taxis in Frankfurt, wo zwischen 1815 und 1866 der Bundestag des Deutschen Bundes tagte, und den "Einheitsbrücken" über die Werra zwischen Hessen und Thüringen einen Platz erhalten hat, muss, um es zurückhaltend zu sagen, erstaunen. Hindenburg sei zwar, so ist in der knappen Erläuterung zu lesen, "politisch umstritten" durch seine Entscheidung von 1933, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Aber er sei doch zugleich "der einzige nach den Setzungen der Weimarer Republik direkt vom Volk gewählte, demokratisch legitimierte Reichspräsident": ein "wesentlicher Repräsentant der ersten deutschen Demokratie" und nach Friedrich Ebert "das Gesicht der Weimarer Republik", auch wenn "Hindenburg direkt nicht als Vorbild eines Demokraten" zu werten sei, wie es in verdruckster Formulierung heißt. Nicht direkt. Womöglich indirekt?

Mit seiner Wahl 1925 zum Reichspräsidenten wurden Hindenburg und sein Umfeld, die später so genannte Kamarilla, zum Zentrum eines Netzwerks rechter Demokratiefeinde, auch wenn sich der "Ersatzkaiser" zur Republik bekannte und seinen Amtseid auf die Weimarer Verfassung ablegte. Aber Hindenburgs politische Karriere, das muss man kaum in Erinnerung rufen, begann nicht erst Mitte der Zwanzigerjahre. Nicht zuletzt dank der großen Biographie von Wolfram Pyta wissen wir heute auch, dass Hindenburg schon vor 1925 alles andere als ein schwacher Akteur ohne eigene Agenda war. Das gilt für seine Zeit an der Spitze der Obersten Heeresleitung seit 1916 ebenso wie für seine politischen Interventionen nach Kriegsniederlage und Revolution. Man muss nicht von einer Militärdiktatur der 3. OHL sprechen, um den politischen Einfluss Hindenburgs angemessen zu charakterisieren, aber die Forderungen der demokratischen Kräfte nach einem Verständigungsfrieden prallten an ihm ab; er war maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Erste Weltkrieg für Deutschland zum totalen Krieg wurde. Durch seine wohlinszenierte Aussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung 1919 verhalf er der gegen die Demokratie gerichteten und von Anfang an antisemitischen Dolchstoßlegende zu einer Breitenwirkung, welche die Republik erschütterte und bis an ihr Ende destabilisierte.

Mit den auf Ausnahmerecht fußenden Präsidialkabinetten seit 1930 hebelte Hindenburg die Verfassung der Republik und ihren Parlamentarismus faktisch aus. In der Agonie der Republik war der weit über Achtzigjährige, der bei der Präsidentenwahl 1932 als Parteiloser kandidierte, das im Vergleich zu Hitler geringere Übel. Deshalb unterstützte ihn auch die SPD. Doch in dem Ziel, die Demokratie zu zerstören und durch ein autoritäres Regime zu

ersetzen, waren sich Hindenburg, sein nationalkonservatives Umfeld und die Nationalsozialisten einig. Das war die Voraussetzung für die Machtübertragung an Hitler im Januar 1933. Bis zu seinem Tod 1934 lieb der greise, doch alles andere als senile Reichspräsident sein beträchtliches Charisma auch den Nazis. Diese unterstützte er symbolpolitisch wie am "Tag von Potsdam", aber auch durch die Notverordnungen des Frühjahrs 1933, die dem frühen Terror der Nationalsozialisten eine pseudolegale Grundlage gaben.

Noch nach seinem Tod diente Hindenburg der Symbolpolitik des Regimes, als er in Anwesenheit Hitlers im Tannenberg-Denkmal in Ostpreußen beigesetzt wurde, das nach seiner Umgestaltung zum Reichsehnenmal ein Zentrum des nationalsozialistischen Toten- und Heldenkultes war. In der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs wurden die Särge Hindenburgs und seiner Frau Gertrud zunächst in einen Bergwerksschacht im Eichsfeld transportiert; von dort brachte sie das amerikanische Militär im Mai 1945 in der Operation "Bodysnatch" zusammen mit den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. aus der Potsdamer Garnisonkirche nach Marburg. Während die Königssärge 1952 auf die Burg Hohenzollern verlegt wurden, blieb Hindenburg in Marburg, wo er in der nördlichen Turmkapelle der Elisabethkirche, durchaus passend unter den Wappen ihrer früheren Deutschordensherren, erneut beigesetzt wurde.

Gab es dagegen zunächst erhebliche Vorbehalte, weil man bis in die Hessische Landesregierung hinein befürchtete, die Grabstätte könnte zum Ort antidemokratischer Demonstrationen werden, änderte sich die Wahrnehmung in den Fünfzigerjahren, weil der Sieger von Tannenberg nun gut ins antikommunistische Klima des Kalten Krieges passte. Erst seit den Achtzigerjahren wurde zunehmend Kritik an Gedenkstunden und Kranzniederlegungen am Grabmal laut. An eine erneute Umbettung war freilich nicht zu denken. Heute weist in der Elisabethkirche nichts auf die unbeleuchtete, nicht gekennzeichnete und daher kaum wahrnehmbare Grabstätte hin.

Ob sich das ändert, weil das Grab nun als - positiver - Ort der Demokratiegeschichte dargestellt wird? Wenn man der offensichtlich historisch ebenso unreflektierten wie politisch unsensiblen Aktion der Landeszentrale etwas abgewinnen möchte, dann ist es vielleicht der von ihr ausgehende Anstoß für die Evangelische Landeskirche Kurhessen-Waldeck und die Elisabethkirchengemeinde, die Stadt Marburg und das Land Hessen, erneut über den Umgang mit dem Grab nachzudenken. Eine genuine Aufgabe politischer Bildung wäre das auch. Dazu bedarf es freilich einer differenzierteren Auseinandersetzung mit der Frage nach

schwierigen Erinnerungsorten und dem richtigen Umgang mit ihnen. Es bedarf darüber hinaus eines Gespürs für die Herausforderung der Demokratie von rechts, die gerade auch in Hessen in den letzten Jahren nicht kleiner geworden ist.

Eckart Conze ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg.